

100 Jahre Oktoberrevolution – was wollten die realen Sozialisten?

Einleitende Überlegungen

Warum sich im Jahr 2017 mit der Oktoberrevolution beschäftigen? Die ist schließlich ganz schön lange her – eben 100 Jahre. Der Staat, der als Resultat dieser Revolution entstanden ist, die Sowjetunion, hat sich zudem vor inzwischen mehr als 25 Jahren selbst aufgelöst. Was also ist daran verlockend, sich mit diesen ‚alten Kamellen‘ auseinanderzusetzen?

Zunächst einmal: Die *Gründe*, die die Sozialisten von damals für ihre Revolution hatten, existieren auch heute noch: Kapitalismus und Staatenkonkurrenz sorgen – in durchaus verändertem Aussehen, aber im Kern prinzipiell unverändert – auch heute noch dafür,

- dass die Mehrheit der Bevölkerung in den kapitalistischen Ländern von ihrer Arbeit (so sie welche hat) nicht gut leben kann;
- dass sie sich als Folge einer Wirtschaft für Gewinn mit Schädigungen aller Art konfrontiert sieht, seien es die üblichen Lebensmittelskandale oder der organisierte Verschleiß der Arbeitskräfte an ihren Arbeitsplätzen;
- dass sie darüber hinaus von ihren Staaten dafür beansprucht werden, für deren ziemlich kriegsträchtige Konkurrenz finanziell (mit Steuern) und personell (in der Armee) geradezustehen;
- und Kapitalismus und Staatenkonkurrenz sorgen nicht zuletzt dafür, dass es verdammt viel Dummheit und Gemeinheit im Bewusstsein der Menschen gibt. Die sind diesem Programm untergeordnet, ohne dass sie jemand gefragt hat. Dummerweise stellen sie sich allerdings selbst sehr heftig auf den Standpunkt, dass – auch wenn *sie nichts* davon haben – *ihre Nation* auf alle Fälle die beste ist, die gegen das Ausland und vor allem die Ausländer, Flüchtlinge usw. verteidigt werden muss: Nationalismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit.

Viel Gegnerschaft gegen all das existiert im Augenblick leider nicht. Wenn es allerdings hier und da so etwas wie grundsätzliche linke „Systemkritik“ gibt, dann stellt sich mit einer gewissen Notwendigkeit die Frage ein, was es denn eigentlich mit den sozialistischen Projekten der Vergangenheit auf sich hatte – mit der Sowjetunion, mit China und so weiter. Statt einer Antwort kriegen solche Kritiker in der Regel 1. endlose Verurteilungen dieser Projekte zu hören (ineffiziente Mangelwirtschaft! staatliche Repression!! Stalin!!!) und 2. den guten Rat, dass sie eigentlich gleich aufhören könnten mit ihren Versuchen – schließlich habe sich die SU ja selbst aufgelöst und China sei zum Kapitalismus übergelaufen. Das zeige doch wohl mehr als deutlich, dass der Kapitalismus nun einmal *alternativlos* sei...

Gegen diese Art der Befassung wollen wir bei der Veranstaltung in der nächsten Woche einmal ernsthaft fragen: Was wollten die russischen Revolutionäre eigentlich? Was ist aus ihrem Projekt geworden? Und warum hat sich die SU 1990 aus der Weltgeschichte verabschiedet?

Vorweg stellen wir schon mal unser Resultat vor: Wir halten es nicht für einen unverzeihlichen Fehler, dass Lenin und seine Genossen 1917 dem russischen Staat mit einer sozialistischen Revolution den Garaus gemacht haben. Wir finden allerdings das, was sie als Pioniere an Planwirtschaft und sozialistischem Staatswesen zustande gebracht haben, auch nicht nachahmenswert. Deshalb wollen wir versuchen, Leistungen der russischen Revolution ebenso wie die durchaus systematischen Mängel zu zeigen, die das „Vaterland der Werktätigen“ gehabt hat. Also *„weder Abschreckung noch Modell“* (wie es Reinhard Lauterbach, der Osteuropa-Redakteur der jungen Welt zusammengefasst hat).

1. Was wollten die russischen Revolutionäre?

Zunächst eine kurze Einordnung der Oktoberrevolution in den historischen Kontext. Im 18. und 19. Jahrhundert setzt sich überall in Europa die kapitalistische Produktionsweise durch. Parallel dazu und als Reaktion auf die unsäglichen Bedingungen, unter denen sie arbeiten und leben müssen, organisieren sich die Arbeiter in Gewerkschaften und Parteien (Sozialdemokratie).

1. Sie kämpften darum, dass Lohnarbeit überhaupt ansatzweise als Lebensmittel taugt (Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen).
2. Sie kämpften um einen Staat, der den Arbeiter wenigstens minimale Rechte (Arbeitsschutz) zuerkennt.
4. Sozialisierung der Produktionsmittel war ihr (langfristiges) Ziel.
5. Sie hatten begriffen, dass ihr Kampf als Arbeiter nicht an den nationalen Grenzen endet und sich deshalb die Kommunistische Internationale gegründet, in der sie ihren Kampf länderübergreifend organisiert haben.

Zu Beginn des 1. Weltkriegs haben sich diese Arbeiterparteien dann allerdings entschieden, *für* ihre Staaten, in Deutschland für den Kaiser zu kämpfen, *gegen* ihre Klassenbrüder, die Arbeiter der anderen europäischen Länder. Das war ein Resultat davon, dass sich für sie immer mehr herausgestellt hatte, dass sie als Lohnarbeiter auf den Staat angewiesen waren, auf sein Recht und auf seine ersten sozialpolitischen Leistungen (in Deutschland: Bismarck und seine Sozialversicherungen). Und dass sie hofften, mit einem allgemeinen Wahlrecht würde ihnen in naher Zukunft sowieso die Mehrheit im Staat zufallen... Im sog. „Burgfrieden“ haben die deutschen Arbeiter ihren *Internationalismus gegen Nationalismus getauscht* – ein ebenso bemerkens- wie erklärungsreicher Standpunktwechsel (Lesetipp: Nation und Kommunismus im Buch „China – ein Lehrstück“, wird bei Interesse zugeschickt).

Im Unterschied zu den kapitalistisch entwickelten Ländern Westeuropas war Russland noch weitgehend ein feudaler Agrarstaat. Ausgerechnet dort findet 1917 die erste sozialistische Revolution statt – auch das ist erklärungsbedürftig. Wir sehen dafür folgende Gründe:

Der russische Staat unter der Herrschaft des Zaren schützt nach wie vor die feudalen Grundbesitzer. Er verlangt während des 1. Weltkriegs Kriegsdienst von seinem ganzen Volk (1916 schon 2 Mio Kriegstote), verweigert aber die schon lange verlangte Landreform, mit der an die früher leibeigenen Bauern Land zur Bewirtschaftung verteilt werden soll. Gleichzeitig agiert die russische Staatsmacht extrem repressiv (Demonstrationen werden zusammengeschossen, mehrere Hundert Tote).

Im Februar 1917 gibt es dagegen eine bürgerliche Revolution, die den Zaren entmachtet und ein Parlament einrichtet. Die neue, bürgerliche Regierung ändert aber an den zentralen Beschwerden des Volks – Frieden und Landreform – nichts. Lenin erkennt in dieser Lage (das Volk unzufrieden und längst nicht so patriotisch wie sonst in Europa, die Bauern bewaffnet, die neue Regierung noch nicht besonders fest im Sattel), die Chance für einen revolutionären Umsturz (Aprilthesen).

Er bringt seine Partei, die Bolschewiki (= Minderheitsfraktion der russischen Sozialdemokraten, die sich auf Basis einer gewonnenen Abstimmung aber die „Mehrheit = Bolschewiki“ nannte im Gegensatz zu den Menschewiki, die für eine Unterstützung der bg. Regierung / verfassungsgebenden Versammlung waren) und die Sowjets (die Räte der Soldaten und Arbeiter) dazu, sich gegen die bürgerliche Regierung zu erheben.

Was wollten die Bolschewiki?

Sie wollten, dass die russischen Arbeiter (zwar wenige, aber nicht mehr gänzlich ungebildet, da sie nicht mehr auf dem Land, sondern in den Städten leben und arbeiten) und die Bauern sich eine Gesellschaft vom Hals schaffen, die ihnen schadet.

Als erstes Schluss mit dem Krieg, der schon zwei Millionen das Leben gekostet und viele in Hunger und Elend gestürzt hat.

Weg mit der herrschenden Ausbeutung in den Fabriken, Schluss damit, dass die Bauern arbeiten und nicht davon leben können.

Und Schluss mit der Staatsgewalt, die das schützt und für ihre Machterweiterung ausnutzt.

Das war erst einmal das, wogegen sich die Bolschewiki gerichtet haben.

Eine solche „Revolution“ ist also ganz etwas anderes als eine „neue Regierung“. Sie bricht mit den Prinzipien der alten Gesellschaft. Kennzeichnend ist das an den ersten Dekreten der Sowjetmacht: bedingungsloser Frieden, Land an die Bauern, Betriebe unter Arbeiterkontrolle, Entmachtung der Kirche.

Der ernste Wille der Revolutionäre macht Schluss damit, die alte, vorgefundene „Ordnung“ für unumstößlich zu halten, für „gottgegeben“ (oder – wie man heute sagen würde –: „alternativlos“).

Dieser ernste Wille, eine neue Gesellschaft aufzubauen, trifft dann allerdings auf mehr als die Staatsgewalt und ihre Machtmittel, die Polizei, ihre Spitzel, die Armee und den Justizapparat. Die Revolution trifft auf eine ganze Gesellschaft mit ihren eingerichteten Produktions- und Reproduktionsverhältnissen wie Interessen. Das zeigt sich

- am Bürgerkrieg, den diejenigen entfesseln, die entmachtet bzw. enteignet wurden;
- an der Opposition der (Ironie der Geschichte!) Bauern, die ihr Eigentum zum Teil erst durch die Revolution bekommen hatten und die nun nicht einsehen, dass sie ihr Korn und ihr Vieh an die Städte abliefern sollen, ohne dass diese dafür zahlen oder Waren im Austausch liefern können;
- am sehr zurückgebliebenen Stand der Produktivkräfte im Land.

Und sie kriegt es mit der geballten Reaktion des kapitalistischen Auslands zu tun. George F. Kennan, US-Amerikaner und einer der geistigen Väter des „Kalten Kriegs“ hat die Oktoberrevolution die „Urkatastrophe des Jahrhunderts“ genannt. Der Standpunkt der kapitalistischen Staaten war keineswegs: ‚Ach, in Russland hat es eine sozialistische Revolution gegeben – na, schauen wir mal, was diese seltsamen Bolschewiki aus dem reaktionären und zurückgebliebenen Land machen. Sollen sie sich doch mal ins Zeug legen und wir schauen interessiert zu...?‘ Nein, der Standpunkt hieß von Anfang an: Sozialismus ist ein Angriff auf das Eigentum und unsere Staatenwelt. Das kann und das darf es nicht geben! Dafür werden wir sorgen – und zwar nicht mit unseren guten Argumenten, sondern mit: Boykott, Erpressungen, Schüren von Gegenständen, eigenen militärischen Interventionen (gleich 14 Interventionsarmeen nach 1917), einem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg ab 1941, einem Kalten Krieg ab 1950, dem Programm des „Totrüstens“ unter Ronald Reagan...

Diese praktische Gegnerschaft der kapitalistischen Welt hat die Sowjetunion von der Sekunde ihrer Geburt an der Backe gehabt und sie ist sie nie mehr losgeworden. Das hat ihr Programm selbstverständlich massiv gestört und hat Zwecksetzungen bei ihr aufkommen lassen, zu denen es ohne Gegnerschaft von außen vielleicht nicht gekommen wäre („Einholen und Überholen“ der kapitalistischen Staaten als praktische Notwendigkeit der militärischen Selbstbehauptung).

Insofern kann man schlicht nicht wissen, wie sich dieses erste sozialistische Projekt entwickelt hätte, wenn es „frei“, ohne Hindernisse und unter besseren Bedingungen vonstatten gegangen wäre. Es ist allerdings vom Standpunkt der revolutionären Arbeiterbewegung aus sehr dumm gewesen, dass die sowjetischen Revolutionäre das, was sie aus der Not der Stunde, aus einem Pragmatismus des Überlebens heraus gemacht haben:

- eine durchaus repressive Staatsgewalt,
- Anleihen bei der kapitalistischen Ökonomie,
- ihre Nationalitätenpolitik,
- ihre Außenpolitik

nie als das gekennzeichnet haben, was es war: *ein praktisches Ausprobieren*, bei dem sie vielleicht relativ klar vor Augen hatten, was am Ende rauskommen sollte, bei dem sie aber ansonsten ziemlich wild herum gewurschelt haben. Stattdessen haben diejenigen, die sich dabei oft mehr oder weniger zufällig durchgesetzt haben, ihre Politik theoretisch und ideologisch gnadenlos überhöht. Die sowjetischen Führer haben das, was sie unternommen haben, jeweils als Notwendigkeit ausgegeben, die aus den Gesetzmäßigkeiten des historischen Materialismus wissenschaftlich einwandfrei abgeleitet sei und soweiterundsofort.

Gerade da, wo sozialistische Politik sich mit praktischen Fragen auseinanderzusetzen hatte, wo also vielfach tatsächlich eine Entscheidung zwischen mehreren Möglichkeiten getroffen werden muss, haben die Bolschewiki auf unbedingter *Richtigkeit der Parteilinie* (bzw. der Führung) beharrt. Damit haben sie erstens den wissenschaftlichen Sozialismus zu einer Rechtfertigungswissenschaft für ihr praktisches Tun herabgewürdigt. Und zweitens haben sie ihre Entscheidungen – wie gesagt, in einem speziell zurückgebliebenen Land mit speziellen Problemen und unter der Bedingung heftiger innerer wie äußerer Gegnerschaft – zu so etwas wie einem *Modell* für die restliche Arbeiterbewegung (v)erklärt. Beides hat ganz fatale Konsequenzen gehabt – das wollen wir jetzt zumindest in Ansätzen darlegen.

Dazu befassen wir uns mit der Ökonomie dieser Gesellschaft (dem ersten Versuch einer geplanten Wirtschaft), dem sozialistischen Staat im Dienst am Volk, ihrer Nationalitäten- und ihrer Außenpolitik. Und wir beschäftigen uns am Ende kurz mit dem wenig rühmlichen Abgang des bisherigen Sozialismus aus der Weltgeschichte: Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion.

2. Leistungen und Mängel der Sowjetunion:

Als Zusammenfassung vorweg: Die russischen Sozialisten wollten aus ihrer Kritik an kapitalistischer Wirtschaft und Staat heraus eine *bessere Gesellschaft einrichten*, die – erstmals in der Menschheitsgeschichte – nicht einfach auf dem basieren sollte, was sich an Interessen und Mächten mehr oder weniger gewaltsam, vor allem aber unbegriffen, durchsetzt, sondern die auf wissenschaftlichen Einsichten beruhen sollte. Unser Urteil fällt dabei – bei aller Sympathie für das Anliegen – so aus, dass ihr Projekt als Sozialismus *nicht* gelungen ist.

a) *Statt privatem Eigentum eine staatlich organisierte Güterproduktion, die Arbeiter und Bauern gerecht versorgt*

Die Oktoberrevolution war die erste sozialistische bzw. proletarische Revolution, also eine Revolution für die bisher ausgebeuteten Arbeiter und Bauern. *Ihren* Interessen sollte auf die Sprünge geholfen werden, indem die staatliche Planung sich zum Ziel setzte, einen *gerechten Anteil am von ihnen produzierten Reichtum* zu verschaffen. Diese Idee, die auch hierzulande durchaus populär ist und gern von unzufriedenen Arbeitern, Gewerkschaften etc. geäußert wird, birgt einen logischen Widerspruch in sich. Es gibt nämlich schlicht und ergreifend *kein* sachliches *Entsprechungsverhältnis* von erbrachter Arbeitsleistung und erhaltenem Lohn. Wie viel Rubel oder Euro entsprechen „gerecht“ einer Stunde Holz hacken oder einer Stunde Buchhaltung? Ein „gerechter Lohn“ muss insofern Ergebnis einer Festlegung sein, und zwar einer politischen Festschreibung durch eine übergeordnete Instanz – in diesem Fall durch den sozialistischen Staat – sein, der dann aber auch nach *seinen* Kalkulationen festlegt, was er für „gerecht“ hält. (Hinweis: die Kritik an ungerechten Verhältnissen und die Forderung, sie gerechter zu machen, ist heute fast die einzige Kritik, die es überhaupt noch gibt; insofern würde es sich vielleicht lohnen, in der Diskussion darauf noch einmal zurückzukommen: warum wir sie durch die Bank für falsch halten und warum sie notwendig staatsaffirmativ ist...).

Die Ökonomie der Sowjetunion verfolgte zudem das Ziel, *effizienter* zu wirtschaften als der Kapitalismus. Indem ihre Revolution die feudalen Grundbesitzer, Kapitalisten und alle enteignete, die von ihren Geld- und Aktienvermögen lebten, wurden alle diejenigen aus der Ökonomie eliminiert, die sich zwar an der Arbeit der Gesellschaft bereicherten, aber selbst keinen produktiven Beitrag leisteten. Gleichzeitig wurde damit die *Konkurrenz* der Kapitalisten beseitigt – und damit deren *Kosten*: parallele Entwicklung derselben Produkte, das übliche Pleite-gehen von Betrieben, die krisenhafte Überproduktion. Im Sprachgebrauch der Kommunisten: Das *Anarchische der kapitalistischen Produktionsweise*. Die Enteignung der Kapitalisten legte die Verfügungsgewalt über die produktiven Mittel der russischen Gesellschaft in die Hände einer planenden Instanz – der Plankommission (GOSPLAN).

Die Vorstellung vom „gerechten Lohn“ mag ein logischer Schnitzer sein, erklärt jedoch noch nicht, weshalb die Ökonomie des Sozialismus so (schlecht) funktioniert hat, wie sie funktioniert hat. Der Grund dafür liegt in der Entscheidung, die sozialistische Planung ausgerechnet mit den Kategorien des Kapitalismus aufzuziehen. Denn die GOSPLAN-Behörde hat ihren Plan mit Waren, Preisen, Geld, Lohn, Gewinn und Kredit gestaltet, alles Sachen, von denen ein unbefangener Betrachter denken könnte, dass sie in einer sozialistischen Wirtschaft nichts zu suchen haben. Was damit gemeint ist, soll zunächst anhand zweier Beispiele vorgestellt werden.

(Hinweis: In den Jahren nach der Revolution waren die Bolschewiki zunächst nicht in der Lage, ihre wirtschaftlichen Vorstellungen umzusetzen (Bürgerkrieg, Bauernfrage, mangelnde Industrialisierung, widersprüchliche Vorstellungen, НЭП, 2. WK). Wenn wir also die „Öko-

nomie der Oktoberrevolution“ besprechen, reden wir darüber anhand des Wirtschaftssystems, das sich in den *1950er Jahren* als sowjetisches Planwirtschaftsmodell durchgesetzt hat – einer Zeit, in der sich die Sowjetmacht konsolidiert und ihren Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg schon einigermaßen hingekriegt hatte.)

Lohn im Sozialismus

Wenn den Arbeitern auch in der sozialistischen Wirtschaft Lohn gezahlt wird, kann man daraus schließen: Herren über die Produktion und die Verteilung der Produkte sind sie nicht – auch wenn sich ständig auf die „führende Rolle des Proletariats“ berufen wird. Der sozialistische Staat kauft mit dem Lohn die Arbeitskraft seiner Werktätigen ein und lässt sie dann produzieren, was er beschlossen bzw. im letzten 5-Jahres-Plan festgelegt hat.

Die in den Betrieben hergestellten Produkte können von den Arbeitern auch nicht einfach aus den großen Lagerhallen der SU abgeholt werden, sondern müssen vom verdienten Lohn gekauft werden. Dabei stellen sich die sowjetischen Planer keineswegs so feindlich gegen die Lohnhöhe wie kapitalistische Unternehmen bzw. der kapitalistische Staat, wo es stets darum geht, dass die Löhne der Erwerbstätigen die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft auf keinen Fall beeinträchtigen dürfen. Weder zielen die Betriebe der SU darauf, den Lohn möglichst zu drücken (20er und 30er „Aufbau“-Jahre ausgenommen) noch darauf, Arbeiter zu entlassen, um an den Lohnkosten zu sparen. In der Sowjetunion gibt es vielmehr ein Recht auf einen Arbeitsplatz und das Prinzip eines Lohns, der reichen soll, um sich das Warenangebot zu leisten.

Arbeiter haben ein *Recht auf Arbeit*. Das war aus Sicht der sozialistischen Wirtschaft eine wesentliche, vielleicht die *entscheidende* Korrektur gegenüber dem Kapitalismus. Denn in der kapitalistischen Wirtschaft sind die Leute gezwungen, sich Geld für ihren Lebensunterhalt zu verdienen, ohne dass klar ist, dass sie den dafür nötigen Arbeitsplatz überhaupt bekommen. Im Gegenteil sorgen Investitionen für die Anschaffung moderner Technologie, die die Betriebe konkurrenzfähiger macht, ständig für Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Dieses ewig prekäre Leben der Arbeiterklasse beseitigt der sozialistische Staat. Damit beseitigt er auch die Konsequenz der Konkurrenz um Arbeitsplätze, die die Arbeiter hierzulande zwingt, stets „ihr Bestes“ zu geben, sich also Tag für Tag zu verausgaben, mit all den bekannten Folgen für Psyche und Körper. Das schafft für die Arbeiter tatsächlich ein Stück sozialer Sicherheit und Gelassenheit in der Arbeit.

Gleichzeitig ist und bleibt der Lohn der Arbeiter aber auch im Sozialismus eine Größe, die in der betrieblichen Bilanz dem Gewinn negativ gegenübersteht. Auch in der sozialistischen Wirtschaftsplanung ist die Lebenshaltung der Arbeiter also eine Kost (mehr dazu im nächsten Punkt) – und nicht der Zweck der Produktion!

Gewinn im Sozialismus

Der Gewinn in der Sowjetunion war den Betrieben von der Plankommission (also vom Staat) *vorgeschrieben* und das ist schon bemerkenswert. Im Kapitalismus ist der Gewinn der ureigene *Zweck* aller Unternehmen. Hier muss kein Staat auftreten und den Befehl erteilen „bereichert euch“.

Anders in der Sowjetunion. Möglich wäre es einer Planwirtschaft zwar schon, einfach nur Güter herzustellen, ohne einen Preis an die Güter zu hängen. Aber die SU-Planer waren nicht damit zufrieden, einfach zu bilanzieren: „Wir haben in diesem Quartal 70 000 Kaffeemaschi-

nen hergestellt“. Sie wollten neben der Gebrauchswert-Seite (wie viele nützliche Dinge haben wir hergestellt?) noch das *abstrakte Wachstum ihrer Volkswirtschaft* messen. Und deshalb nutzten sie in ihrer Gesellschaft für jedes Produkt auch die Kategorie „Wert“, um jenseits aller konkreten Gebrauchswerte, eben abstrakt, festzuhalten, wie viel „mehr“ sie produziert als in die Produktion hineingesteckt hatten. Sie wollten mit der Kategorie „Gewinn“ feststellen, ob der jeweilige Betrieb einen und wenn ja, einen *wie großen Wertzuwachs* hervorgebracht hatte

Praktisch handelten sie sich mit dieser Art zu planen ziemliche Probleme ein. Das erste, bereits genannte, war, dass der Gewinn und der Lohn auch in einer sozialistischen Betriebsbilanz widerstreitende Größen sind. Gleiches gilt für die Warenpreise: Einerseits waren hohe Warenpreise gut für den Gewinn, auf dessen Erwirtschaftung die Betriebe verpflichtet waren; andererseits sollen niedrige Preise, insbesondere der Konsumgüter, garantieren, dass die Werktätigen die nützlichen Dinge des Sozialismus auch bezahlen können. Ähnliches gilt für Produktionsmittel, deren Preise ja in der Gewinnrechnung des verarbeitenden Betriebs als Kosten zu Buche schlagen und dessen Gewinnrechnung beeinträchtigen.

Die Ökonomen waren insofern in der verzwickten Lage, Preise zu errechnen, die stets sich ausschließende Anforderungen erfüllen sollten. Der Sowjetökonom Paschkow hat das so formuliert: „Solange wir nicht die Größe des Wertes einer Ware kennen – und wir kennen sie wirklich nicht – (kein Wunder übrigens, denn der Wert einer Sache ist Resultat des Tauschs auf dem Markt in einer Wirtschaft unabhängiger Privateigentümer – alles Dinge, die die Sowjetunion beseitigt hatte!), haben alle unsere Diskussionen über die Divergenz zwischen Preisen und Werten den Charakter von reinen Mutmaßungen“.

(Anmerkung: es kann ein durchaus rationelles Bedürfnis sein, jenseits der konkreten Gebrauchswerte festzuhalten, wie große Ressourcen – Arbeit, Rohstoffe, Umweltbelastung – in die Produktion eines Guts eingehen; eine „Ökonomie der Zeit“ ist für jede Gesellschaft, auch die sozialistische nötig und sinnvoll; das ist aber etwas anderes, als irgendwie einem Wert und Wertzuwachs nachzuspüren, den man als existent unterstellt, dann aber gar nicht auffinden kann).

Diese Widersprüche hatten Konsequenzen.

1. Die wichtigste Konsequenz bestand darin, dass die Produktivkräfte der sozialistischen Betriebe ganz entgegen allen Erwartungen (Sozialismus wird effektiver wirtschaften!) nur sehr langsam gewachsen sind. Der Grund dafür: Wenn Arbeitskräfte nicht entlassen werden dürfen und die neueren Maschinen nicht dazu führen, dass der Betrieb seinen Gewinn durch Unterbietung anderer Betriebe steigern kann, entfällt das betriebseigene Interesse an der Innovation.

2. Die zweite: die produzierten Güter werden – insbesondere angesichts des enormen Bedarfs an allem! – immer abgesetzt, egal wie es um ihre Qualität bestellt ist. Darin liegt eine der wenigen Möglichkeiten für die Betriebe, die von ihnen erwartete Gewinnproduktion zu steigern – nämlich schlicht, indem sie an der *Qualität* ihrer Produkte *sparen*. Ein Beispiel aus der DDR, das genauso für die SU steht: „*So ist es sogar vorgekommen, daß in einigen Baustoffbetrieben wie im VEB Baustoffwerk Grimmen sowie im VEB Zwickauer Ziegelwerke Werk I und II u.a. die herzustellenden Ziegel bis zu 10 Prozent kürzer abgeschnitten wurden, um unter Mißbrauch der bestehenden Abrechnungsmethoden bei gleichbleibendem Rohstoff- und Arbeitskräftebedarf eine höhere Produktion und eine höhere Arbeitsproduktivität ausweisen zu können.*“ (Aus „Die Einheit“ - Theorieorgan der SED) Produkte, die Verbraucher und wei-

terverarbeitende Betriebe flächendeckend zur Verzweiflung getrieben haben, sind insofern die zweite Konsequenz.

3. Das Entfallen der Erpressungsmittel gegenüber den Arbeitern führte – insbesondere in Kombination mit der Feststellung, dass die Resultate der eigenen Arbeit ziemlich enttäuschend ausfallen (s. das vorige Argument) – zu ziemlichem Schlendrian in den Betrieben.

Die Führung hatte logisch zwei Möglichkeiten, auf dieses Problem zu reagieren.

- a) Durch moralische Appelle und Erziehung. In der Sowjetunion werden die Arbeiter permanent mit knalligen Losungen und politökonomischen Kampagnen traktiert. Ein regelrechter Kult um den Arbeiter (Proletkult) wird veranstaltet (Schdanow-Bewegung; Aktivisten-Bewegung, Neuerer-Bewegung). Das bedeutet, die sowjetischen Malocher dürfen sich als produktive Klasse der Gesellschaft besonders geehrt fühlen, dafür wird von ihnen aber auch einiges verlangt. Wer in der Arbeit nicht seine letzte Erfüllung sieht, wird schnell als Schmarotzer, Parasit oder bürgerliches Element abqualifiziert, was in frostigeren Epochen (Stalin) durchaus gefährlich werden konnte.
- b) Ein System sogenannter „*materieller Stimuli*“ (was für eine Wortkonstruktion! Besser kann man es eigentlich nicht ausdrücken, dass die Produktion selbst nicht für die Produzenten da ist!). Der Staat schafft Anreize in Form von Prämien (unterschiedliche Lohnhöhen/Belohnungen bei entsprechender Leistung in Geldform o.ä.), um die Arbeiter zu motivieren, das Planziel nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen.

Beide Umgangsformen zeigen eigentlich vor allem, dass die Arbeiter in dieser sozialistischen Wirtschaft selbst *nicht* die *Subjekte* ihres Arbeitens sind – sonst müssten sie nicht mit Moral-kampagnen oder mit trickreichen Anreizen zu mehr Einsatz und Engagement angeregt werden (Vergleich mit der eigenen Arbeit zuhause!). Deshalb *lösen* die Ökonomen der SU die Probleme auf diese Art auch nicht, sondern *verschieben* sie nur und schaffen sich dabei noch neue. Die sozialistischen Wirtschaftskader ziehen letztlich aus ihrem Versuch den Schluss, dann müsse doch der Markt her (Gorbatschow, Deng in China).

Die Crux ihrer Ökonomie lag aber in Wirklichkeit darin, dass sie ihre Planwirtschaft mit den Kategorien der Marktwirtschaft aufgezogen haben: Ware, Preis, Gewinn, Lohn usw.

Warum sie das gemacht haben, ist unserer Meinung nach gar nicht eindeutig zu klären (Mix aus: Verselbständigung der Notmaßnahmen, die sie in ihrer Neuen Ökonomischen Politik eingeschlagen haben, Marx' Kapitalismuskritik dann in dieser Richtung falsch gedeutet, das Bedürfnis nach ökonomischen Gesetzmäßigkeiten in ihrer Planwirtschaft, die ja tatsächlich ein Pioniervorhaben war usw. usf.).

Auf diese Weise wollten sie die Rücksichtslosigkeit, die diese Sachen in der Marktwirtschaft an sich haben (Gewinn gegen Lohn, Preise, die Ausschluss bedeuten, Entlassungen für Gewinnsteigerung, Ruin von nicht-rentablen Betrieben etc.) *verbieten*, indem sie den Produktionsprozess dem Egoismus der privaten Eigentümer entziehen und staatlich organisieren. Das ist sachlich eine ziemlich halbherzige Kapitalismuskritik – eine Kritik, die auf halbem Weg stehen bleibt und denkt, wenn der sozialistische Staat („Ausdruck der Arbeiterklasse“) den gesellschaftlichen Produktionsprozess managt, dann hätte man die Brutalitäten des Kapitalismus überwunden. Das mag für die Frage der Arbeitslosigkeit stimmen – von dieser existentiellen Erpressung der Marktwirtschaft waren die Menschen im Sozialismus in der Tat befreit. Ansonsten aber hat diese Art von Planwirtschaft eine Produktion *voller selbst hergestellter*

Schranken zustande gebracht, in der Wertproduktion und Gebrauchswert sich letztlich gegenseitig systematisch behindert haben.

Von bürgerlicher Seite wird mit viel Freude hämisch auf das schlechte Warenangebot und die sonstigen Highlights der sozialistischen Fehlplanung hingewiesen, um zu beweisen, dass ein System zentraler Planung nicht funktionieren kann (so als wäre hierzulande die Versorgung der Leute der Zweck der Wirtschaft – und nicht die Ideologie über sie!); von links werden Zentralismus und Bürokratie, die Entstehung einer neuen Klasse, die sich bereichert hat, kritisiert. Die Mängel dieser Planwirtschaft rühren aber nicht daraus, *dass* geplant wurde und auch nicht daher, dass *zentral* geplant wurde, sondern *was und wie* geplant wurde: Das Wachsen eines Wertprodukts, das gleichzeitig einer gerechten Beteiligung der Arbeiter und Bauern und einem Staat dienen sollte.

Zusammenfassend lässt sich für die Ökonomie des sowjetischen Sozialismus festhalten, dass sich die führenden Köpfe der Sowjetunion trotz ihrer Kritik am Kapitalismus *gar nicht gründlich genug* von ihrer Vorgänger-Gesellschaft verabschiedet haben.

(Ausführlicher kann das nachgelesen werden im Kapitel: „Staatlich organisierte Wertproduktion: Ein Fehler und viele Widersprüche“ in „China – ein Lehrstück...“ – auch dieses Kapitel schicke ich bei Interesse gerne zu.)

b) Statt einem Staat im Dienste an Geld und Grundeigentum ein Staat des ganzen Volks

Ursprünglich dachten die Bolschewiki, der Staat müsse nach der Revolution nach innen nur kurzzeitig als „Diktatur des Proletariats“ die diesem Programm feindlichen Elemente unterdrücken und würde mit der Zeit einfach „absterben“.

Das war aber nicht der Fall. Im Gegenteil hat sich der Bedarf nach einer Staatsgewalt ziemlich schnell als bleibend und umfassend herausgestellt – inklusive einer ziemlich massiven Abteilung für Staatssicherheit (NKWD, später KGB) mit mehreren großen Säuberungswellen. Die Vorstellung von einem Absterben des Staats wurde dann auch alsbald begraben und die sozialistische Staatsgewalt als „Staat des ganzen Volks“ verfassungsmäßig verankert und ideologisch gerechtfertigt. Wie ist das zu erklären?

Die KPdSU will die eroberte Staatsgewalt ernsthaft zum Nutzen des Volks, der Arbeiter und Bauern, einsetzen. Alle Abteilungen der Wirtschaft sollen zum allgemeinen Vorteil der Beherrschten, für eine gerechte Verteilung der Produktion und für einen allgemeinen Fortschritt der Technik und Produktivkräfte da sein.

Dass dieses Volksbeglückungsprogramm dann aber doch keine einfache Verwaltungsaufgabe ist, resultiert aus dem Umstand, dass die sozialistische Ökonomie die beschriebenen Widersprüche in sich birgt. Trotz viel Arbeit und Einsatz springt für die Arbeiter und Bauern lange wenig mehr raus als das pure Überleben. Die Wirtschaft, die eigentlich ganz und gar zu ihrem Nutzen eingerichtet sein soll, bleibt für sie auch später, ab den 1950er Jahren, ein ziemliches Ärgernis, was Quantität und Qualität der Produkte aber auch die Organisation ihrer Arbeit in den Fabriken und auf dem Land angeht. Mit seiner Plankommission macht der Staat seiner Gesellschaft die Vorgaben, an denen sich alle abarbeiten: Arbeiter müssen dafür permanent auf Disziplin und Verzicht getrimmt werden. Aber auch Führungskräfte, Ingenieure, Betriebsleitungen und Funktionäre der Partei, kämpfen mit den vielfältigen ökonomischen Widersprüchen, die auf die Vorgaben der Planungsbehörden zurückzuführen sind. Eine Gesellschaft mit diesen inneren Widersprüchen kommt ohne weiteren staatlichen Zwang nicht aus.

Die Kommunisten waren allerdings der Meinung, mit der Lösung der Klassenfrage die Gesellschaft von allen grundlegenden Widersprüchen befreit zu haben. Dass *sie selbst* durch ihre Art und Weise der Planung neue Widersprüche und damit Gründe für viel Unzufriedenheit ins Werk gesetzt haben, ist ihnen nicht bewusst gewesen (übrigens ebenso wenig wie Politiker in einer Marktwirtschaft wissen, dass die von ihnen geschützten Prinzipien von Freiheit und Eigentum die Gegensätze und Verstöße erzeugen, die sie mit Polizei und Justiz dann immerfort bekämpfen müssen). Stattdessen waren die Sozialisten ganz im Gegenteil absolut überzeugt davon, dass sie alles zum Besten des Volks organisiert hatten.

Die schlechten Resultate der Produktion hielt die sowjetische Führung deshalb für das Resultat des noch mangelnd entwickelten guten proletarischen Bewusstseins oder – schlimmer noch – für bösen Willen: Sabotage alter Klassenfeinde oder neuer Gegner aus den eigenen Reihen.

Für eine solche Deutung ließen sich natürlich auch Anhaltspunkte finden. Denn ihre Revolution hatte schließlich vielen Großgrundbesitzern, Industriellen und sonstigen Nutznießern Eigentum und Machtpositionen gekostet. Hinzu kamen Gegner aus dem Ausland und auch Oppositionelle in den eigenen Reihen. In der KP selbst gab es darüber hinaus gleich von Beginn an sowohl linke wie rechte Kritiker der offiziellen Partei-Linie. Linke kritisierten bspw. die Ware-Geld-Beziehungen und die aufkommende „Bürokratie“ sowie die Entmachtung der Räte; von „rechter Seite“ gab es Kritik an den Zwangskollektivierungen, am Tempo der Industrialisierung, der Bevorzugung der Schwer- gegenüber der Konsumgüterindustrie usw. usf. – kein Wunder in einer Situation, in der einerseits tatsächlich alles erst einmal ausprobiert werden musste und das noch unter extrem widrigen Umständen. Da es seit 1927 verboten wurde, innerhalb der KP Fraktionen zu bilden, wurden Kritiker und abweichende Position, die nicht gleich den Mund hielten, in wichtigen Fragen de facto immer sofort der Gegnerschaft gegen die Revolution bezichtigt und mit Klassenfeinden gleichgesetzt. Die Partei beharrte gegen alle Zweifel gerade in ihren eigenen Reihen darauf, dass die nun einmal getroffenen Beschlüsse wissenschaftlich einwandfrei (aus dem Marxismus-Leninismus abgeleitet) seien und setzte sie mit aller Gewalt, den Mitteln von Geheimpolizei, Säuberung und Prozessen, durch. Konsequenz war erstens ein Klima von Misstrauen und Opportunismus (sehr schädlich für die bitter nötige Analyse des eigenen Tuns und seiner Wirkungen); zweitens wurden durchaus relevante Teile gerade der führenden Mitglieder der Partei und oft ihre theoretisch klugen Köpfe (Trotzki, Bucharin) zu Opfern – denn in einer solchen Art von Auseinandersetzung setzt sich meistens nicht das beste Argument durch, sondern derjenige, der sich am besten behauptet (Stalin).

Ausgerechnet der sozialistische Staat, der ganz und gar für das Volk da sein wollte, entwickelte also ein permanentes Misstrauen gegen sein Volk und die eigenen Genossen – so ungefähr wie ein penetrant Vater sein Kind dauernd gängelt und alles kontrolliert, weil er stets nur „sein Bestes“ will. Das Treiben der Geheimpolizei, Degradierungen, demütigende Selbstkritik und härtere Folgen wie Deportationen, Schauprozesse und Hinrichtungen erzeugten dann selbstverständlich immer mehr Gegnerschaft, die wieder bekämpft werden musste und – sehr unmaterialistisch – immer weiter als Ausdruck von Verrat am Kommunismus, tiefer Klassenfeindschaft usw. interpretiert wurde.

c) Statt Unterdrückung fremder Völker Organisation eines friedlichen Zusammenlebens

Das zaristische Russland hatte nach Osten und Süden eine massive Erweiterungspolitik betrieben. Die eroberten Gebiete mit ihren Stämmen und Clans wurden unterworfen und russifi-

ziert. Dagegen hatten sich Widerstandsbewegungen gebildet, deren Separatismus in den Kriegen nach 1917 vom Ausland geschürt wurde. Die Politik der Revolution bestand in dem Versuch, diese Gebiete, die im strengen Sinn noch gar keine Nationen waren, durch Angebote zu gewinnen: Das Dekret der Recht der Völker (November 1917) bestimmt:

Alle Völker sind gleich und souverän
Freie Selbstbestimmung bis hin zur Loslösung
Nationale und nationalreligiöse Privilegien /Einschränkungen werden aufgehoben
Freie Entfaltung nationaler Minderheiten zugesichert

Diese Prinzipien bildeten auch die Grundlage für die Unionsverfassung von 1924: autonome Sowjetrepubliken (hier hatte sich Lenin gegen Stalin durchgesetzt, der für Anschluss und Bildung eines Zentralstaats plädiert hatte).

Die „Bundeszentrale für politische Bildung“, die mit Sicherheit für einen klaren antikommunistischen Standpunkt steht, hält dazu fest:

„Im Zeichen der ‚leninistischen Nationalitätenpolitik‘ wurden Schriftsprachen kreiert, nationale Sprachen als Unterrichtssprache in der Schule eingeführt, nationale Literatur gefördert, Theater und Zeitungen gegründet. Zugleich wurde bis in die 1930-er Jahre eine umfassende Alphabetisierungskampagne durchgeführt. Vertreter nicht-russischer Gruppen wurden vor allem in den 1920-er Jahren im Zeichen einer gezielten Indigenisierungspolitik (russ.: korenisatsija, dt.: Einwurzelung = die Förderung heimischer Eliten in Staat und Partei, aber auch in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur) bei der Besetzung von Posten bevorzugt, um so den lokalen Gruppen vor Ort den Sozialismus als ihr eigenes Projekt schmackhaft zu machen.“ (Sowjetunion 1917 – 1953, Bpb, S. 33)

Und Egon Erwin Kisch, ein berühmter Reporter dieser Zeit, stellt in seinem Reisebericht „Asien – gründlich verändert“ das Leben einer einfachen Frau aus dem Fergana-Tal vor: in ihrer Jugend verschleiert, zwangsverheiratet mit einem alten, aber reichen Mann, geflohen, 1919 erstmals Schule, alphabetisiert, studiert, Schleier abgelegt, Vize-Bürgermeisterin von Duschanbe. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie die russische Revolution die Schlechterstellung der Frauen bekämpft hat, nämlich dadurch, dass sie zunächst mal materiell dafür gesorgt hat, dass die Frauen auf eigenen Füßen stehen konnten. Und nebenbei: So bekämpft man auch den „politischen Islam“ – indem man dafür sorgt, dass die Menschen ihr Leben in den Griff kriegen und keine Religion, keine höhere Macht, mehr brauchen!

Ein kleiner Vergleich mit kapitalistischen Staaten und ihrer Politik in ähnlichen Fragen macht deutlich, wie zivilisatorisch aufgeklärt die Sowjetunion gehandelt hat:

- Schwarze und Indianer in den USA wurden – nach den Zeiten von Versklavung und gezielter Ausrottung – in einer Art von Apartheits-Staat gehalten, in Reservate eingesperrt und als Menschen mit minderen Rechten behandelt;
- von der Behandlung der Kolonialvölker im Rest der Welt braucht gar nicht erst geredet werden (Ausplünderung ihrer Länder, sklavenartige Dienstverhältnisse, rassistische Behandlung durch eine weiße Herrenrasse usw.).

Dagegen in der jungen Sowjetunion: gezielte ökonomische Entwicklung der Regionen und der Frauen, als gewusste Grundlage für kulturelle Entwicklung und Gleichstellung; aktive Förderung der nationalen Besonderheiten.

Die sowjetische Politik ging dabei vom Prinzip der Völkerfreundschaft als *Ideal* aus: das feindselige, gehässige Verhältnis zwischen den Völkern sollte verschwinden, weil diese nicht mehr in einem ökonomischen Gegensatz stehen, sondern in einem arbeitsteiligen Zusammenhang kooperieren. Auch wenn klar ist, dass dieses Ideal nicht gleich bedeutend ist mit der Realität, in der eine zentralstaatliche Dominanz gegenüber den Peripherie-Ländern fortexistiert, sieht die Bilanz dieser Politik auf alle Fälle so aus, dass 70 Jahre tatsächlich Friede

herrschte zwischen den Sowjetrepubliken und der ökonomische Fortschritt der Unionsrepubliken beträchtlich war! Welch ein Rückschritt die Selbstaflösung der SU war, wird nicht zuletzt in dieser Frage kenntlich: Nachdem die Sowjetunion zerfallen ist, wirtschaften die Ex-Sowjetrepubliken wieder als autonome Staaten und in der Konsequenz verschwindet viel des längst erreichten materiellen Fortschritts (Wasserleitungen für die privaten Haushalte / Bewässerungssysteme auf dem Land, medizinische Versorgung); das Leben wird für jeden wieder – wie im Kapitalismus üblich – ein harter Kampf und die Beziehungen zwischen den Ex-Sowjetrepubliken sind seitdem alles andere als friedlich.

Die *Ideale* der bürgerlichen Gesellschaft (Antidiskriminierung, Antirassismus, Aufklärung, Gleichstellung der Frauen und nationalen Minderheiten und eben Frieden zwischen den Völkern) – die sind mit Sicherheit in der SU (für China gilt das ebenso) eher und besser erfüllt worden als sonst irgendwo auf der Welt!

Allerdings:

Der Standpunkt der Völker / Nationen wird auf die eben beschriebene Art *gezähmt*, von seinen chauvinistischen, rassistischen Spitzen befreit, aber er wird *nicht überwunden*. Stattdessen wird er zum Teil sogar erst geschaffen! Das rächt sich! In der ökonomische Krise der späten SU meldet er sich als nationaler Egoismus zu Wort: Einzelne Republiken beschwerten sich darüber, dass sie von der „russischen Zentrale“ dominiert und ökonomisch benachteiligt werden. Der in der Logik der Nation liegende Standpunkt, sich gegen andere Nationen bedingungslos zu behaupten (den es vorher in der Form opportunistischen Mitmachens gegeben hat), zeigt sich, angestachelt durch die Krise der Zentralgewalt, in seiner feindseligen Form und läutet den Zerfall der Union der Sowjetrepubliken ein!

d) Statt expansiver Außenpolitik und Krieg Frieden und Internationalismus

Die Bolschewiki führten ihre Revolution im Glauben durch, dass auch in den kapitalistischen Kernstaaten sehr bald eine Revolution folgen würde. Sie veröffentlichten alle Geheimabkommen, die der Zarismus geschlossen hatte, und kündigten damit an, auch in der Außenpolitik mit den Methoden der kapitalistischen Staaten zu brechen. Der Friedensschluss von Brest-Litowsk, mit dem die junge SU aus dem 1. Weltkrieg unter massiven Gebietsverlusten austrat, war ihre erste außenpolitische Tat. Die erhoffte Weltrevolution blieb allerdings aus und die russischen Kommunisten entschlossen sich deshalb notgedrungen dazu, den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen. Die Folge war, dass die KPdSU ihren Sozialismus stets unter Kriegsbedingungen und Kriegsandrohungen aufbauen und gigantische Rüstungsprogramme in Gang setzen musste, die überhaupt nicht dem Zweck ihres kommunistischen Projekts entsprangen. Für diese Umstände, unter denen sie ihren Sozialismus aufbauen mussten, waren die Bolschewiki nicht verantwortlich. Dass dieser Aufbau eine gewisse weltpolitische Stabilität benötigt und sogar, dass sie sich Schritt für Schritt vom Kurs der Weltrevolution verabschiedeten, um *ihren* Sozialismus zu retten, kann ihnen insofern keiner übel nehmen.

Die Sowjetunion entschied sich in der Folge allerdings dafür, alle kommunistischen Parteien der Welt für *diesen ihren Zweck*, die Souveränität der Sowjetunion zu erhalten, einzuspannen. Und das bedeutete, dass die kommunistischen Parteien den Erhalt des „Vaterlands der Werktätigen“ *vor* das Ziel einer Revolution in ihrem jeweiligen Land setzen sollten. Die internationale Solidarität wird damit in ihr Gegenteil verkehrt – eine Politik, die viele Opfer unter Kommunisten anderer Länder gefordert hat. So hat die SU Kommunisten überall in der Welt aufgefordert, gemeinsam mit den demokratischen und bürgerlichen Parteien ihrer Staaten eine der Sowjetunion freundlich gesinnte Volksfront zu gründen, was fatale Folgen für die Sache

der Revolution und für die Lage der Kommunistischen Parteien in diesen Ländern nach sich zog. Die Kommunistische Internationale übernahm im Laufe der 20er Jahre die Rolle, die anderen KP's auf die Linie der SU einzuschwören.

„14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, jede Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlos zu unterstützen“ (Resolution des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1920)¹

"Die Kommunisten erklären sich jedoch entschieden für die Verteidigung eines revolutionären, sozialistischen Vaterlandes gegen den Imperialismus. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist das sozialistische Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt." (Programm der Komintern 1928)

Was hat das praktisch bedeutet? Einige Beispiele: Die SU setzt 1925 die KPChinas unter Druck, eine Volksfront mit der nationalistischen Guomindang-Partei einzugehen, weil sie in ihrem eigenen Bürgerkrieg vor allem Ruhe an ihrer langen Ostgrenze braucht. Chiang Caishek nutzt das Vertrauen der Kommunisten und lässt sie massenhaft ermorden. Trotzdem ruft die Komintern 1936 die KPCh erneut dazu auf, ein Bündnis mit der Guomindang gegen Japan einzugehen. Nicht weil die Guomindang ihre Linie bezüglich der Kommunisten geändert hätte, sondern weil sich Japan als Gegner der Sowjetunion in einem künftigen Krieg abzeichnet...

Die sogenannte Volksfront-Strategie wurde im Jahre 1935 auf dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale verbindlich für alle KPen festgeschrieben. Also die Strategie, dass alle Kommunisten gemeinsame Regierungen mit „nichtfaschistischen“ anstreben sollten. Damit war „Revolution“ aus den Programmen der KPen getilgt.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges radikalisiert die Sowjetunion ihre außenpolitischen Hauptlinien noch einmal und strebt jetzt – auf Basis dessen, dass sie inzwischen über Atomwaffen verfügt – eine „friedliche Koexistenz“ zu den kapitalistischen Hauptmächten an. Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei wird diesem Bedürfnis entsprechend zugeschnitten (und das gegen den Widerstand alter Genossen). Die DKP bekennt sich zur deutschen Verfassung (Grundgesetz), zur Demokratie und verwirft das Konzept der „Diktatur des Proletariats“, der Revolution. Damit ist die Gefahr gebannt, in Europa einen neuen Krisenherd riskieren, der die Sowjetunion eventuell in einen Krieg verstrickt. Die politische Hauptaufgabe der DKP besteht in der Folge im Kampf gegen die Aufrüstung der BRD. Der revolutionäre Zahn ist ihr gezogen.

Zwischenfazit: Die Sowjetunion hat die außenpolitischen Bedingungen, unter denen sie agiert, nicht in der Hand gehabt. Es war verständlich, dass sie versucht hat, eine Form der friedlichen Koexistenz mit den imperialistischen Staaten zu finden (die ihrerseits allerdings nie ihre Feindschaft gegen die SU beendet haben, egal wie viel die SU bereit war zu opfern). Aber: Diesem nationalen Bedürfnis die gesamte internationale Bewegung der Kommunisten unterzuordnen, ist *anti-revolutionär*. Und es ist letztlich auch immanent nicht sinnvoll, weil nur der Fortschritt der Revolution auf der ganzen Welt den Sozialismus auf dem Gebiet der Sowjetunion hätte sichern können.

¹ http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0010_int_de.pdf

3. Am Ende: Finale Selbstkritik durch die staatliche Führung

Zum Schluss einige Überlegungen zur Frage, warum diese Sowjetunion sich aufgelöst hat.

Zunächst einmal: Sie wurde nicht aufgelöst, weil „es“ nicht mehr ging – das ja die gängige Interpretation des westlichen Lagers, demzufolge die Selbstauflösung nur das Eingeständnis war, dass die sozialistischen Länder vor dem Bankrott standen, längst in jeder Hinsicht pleite waren und einfach nicht mehr weiter konnten (seine schlechte ökonomische Lage hat noch keinen Staat, kein Staatenbündnis zur Selbstauflösung getrieben – eher schon zu einer aggressiven Außenpolitik bis hin zum Krieg. *Diese* Reaktion der SU war tatsächlich eine weltpolitische Besonderheit!)

Die SU wurde auch nicht aufgelöst, weil die Sowjet-Menschen die Nase voll von ihr hatten (eine sozialistische Kritik von unten wäre eigentlich wünschenswert gewesen! in den entsprechenden Referenden 1991 stimmten aber 76% der Sowjetbürger für Fortsetzung der Union!) Das Ende der Union wurde vielmehr von Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch, den Präsidenten der russischen, ukrainischen und weißrussischen Republiken, ausgehandelt und allen anderen, u.a. Gorbatschow, dem Unionspräsidenten, mitgeteilt!

Der Grund für diese Auflösung, mit der neben der politischen Union auch die sozialistische Planwirtschaft außer Kraft gesetzt wurde, lag in der Unzufriedenheit von Teilen ihrer politischen Führung. Dazu einige Stichworte:

- die sozialistische *Ökonomie* hat aus den in Punkt 1 dargelegten Gründen nicht soviel Produkte und auch nicht die gewünschte Steigerung der Produktivkräfte hervorgebracht – aus Sicht ihrer Führer ein entscheidender Mangel;
- das vom Westen erzwungene *Wettrüsten* hat die Sowjetunion viel gekostet (Kosten der Aufrüstung machen sich in einer sozialistischen Wirtschaft pur als Abzug bemerkbar; sachlich betrachtet ist das im Kapitalismus zwar auch so, aber dort stellen die Rüstungsfabriken gleichzeitig immer auch wachsende Kapitale mit Gewinn dar.)
- beides machte sich bemerkbar im Stillstand/Rückschritt der *Ökonomie*;
- daraus resultierte der *Westhandel*, um bestimmte Mängel der eigenen *Ökonomie* auszugleichen. Er hatte aber den gegenteiligen Effekt: Um an Devisen für die westliche Technologie zu kommen, mussten Waren und Rohstoffe verkauft werden – was neue Löcher in die *Ökonomie* riss, die ja schon unter Mängeln litt. Am Ende stand eine hohe Verschuldung der SU bei westlichen Staaten. Von daher hat die Führung der SU immer mehr ihre Gesellschaft als minder gutes Mittel zur Produktion von Staatsreichtum ausgemacht
- alle *Reformversuche* (unter Gorbatschow noch mal intensiviert!), Hebel einzusetzen und zu verbessern, haben nichts Grundlegendes verbessert; der Tschernobyl-GAU 1986 stand für Mangelhaftigkeit und Perspektivlosigkeit.
- deshalb die finale Konsequenz: Anerkennung der Überlegenheit marktwirtschaftlicher Methoden soll die SU retten. Deren Einführung zerstört sie dann allerdings vollends.

Fazit: In der Sowjetunion ist nicht *der Sozialismus gescheitert*. Sondern: eine Führung, die praktisch den Kapitalismus immer nur halbherzig kritisiert hatte und in ihrem Staat alle Ideale des bürgerlichen Staats zu verwirklichen versucht hatte, hat ihr eigenes Wirtschaften und Staatmachen letztendlich für unzulänglich befunden.

Nach der Auflösung der SU wird deutlich, was die Existenz dieses „realen Sozialismus“, einer Alternative zum Kapitalismus – wenn auch mit den systematischen Mängeln, die wir analysiert haben – bedeutet hatte:

- immer mehr Kriege – ganz im Gegensatz zur westlichen Behauptung, nach der allein die Drohung durch den Ostblock der Grund für die westliche Aufrüstung sei!
- soziale Rücksichten auf Arbeiterklasse werden massiv rückgängig gemacht (ein geschichtsträchtiges Symbol dafür: Tafeln für die Bedürftigen gibt es in Deutschland ab 1991!)
- ideologisch: der Kapitalismus hat gesiegt = das Ende der Geschichte, Globalisierung! „alternativlos“

Fazit: Die Russische Revolution ist weder Abschreckung noch ist sie ein Vorbild!
Sie war ein Versuch, aus dem man Lehren ziehen sollte!

Zwei fallen uns an dieser Stelle ein:

Revolutionäre Änderung einer Gesellschaft mit diesem Ziel: „Gute Versorgung aller als Zweck des Wirtschaftens“ geht umso leichter, je weiter die Gesellschaft ökonomisch entwickelt ist, je weniger Not und Mangelfragen im Ausgangspunkt herrschen (das ist die gute Nachricht für hier und heute!).

Und sie geht umso leichter, je mehr Leute wissen und begriffen haben, wie die kapitalistische Ökonomie und der sie verwaltende Staat zu kritisieren sind und eine bewusste Kooperation als Programm wollen. Das ist ein gewichtiger Grund, sich in möglichst vielen Fragen Klarheit über diese Gesellschaft zu verschaffen – wissenschaftlicher Sozialismus!

(Manuskript eines Vortrags)

© Renate Dillmann